

Sattelzug statt Güllefass?

Neue Klärschlammverordnung zwingt Entsorger zum Umdenken: Mehr Verbrennung, weniger Landwirtschaft



Daniela Rahn und Kay Finken wissen, dass sich mit der neuen Klärschlammverordnung auch für die Großanlage in Lintel vieles ändern wird.

FOTOS: CHRISTIAN KOSAK

VON BERNHARD KOMESKER

Landkreis Osterholz. Es war am 26. Mai 2014, da brachte die Europäische Kommission einen Stein ins Rollen, der inzwischen Fahrt aufgenommen hat. Die Folgen sind noch nicht absehbar, aber sicher ist: Sie werden weitreichend sein. Seither nämlich ist Phosphatgestein für die EU-Mitgliedsstaaten einer von 20 kritischen Rohstoffen. Das bedeutet: Die Importabhängigkeit ist besonders groß; die Vorräte sind im globalen Maßstab endlich – sie reichen für vielleicht noch 150 Jahre – und das Material ist künstlich kaum adäquat ersetzbar. Die Rückgewinnung von Phosphor ist damit seither oberstes Gebot, und da ausgerechnet im Klärschlamm besonders viele Phosphorverbindungen stecken, trat Anfang Oktober 2017 eine neue Klärschlammverordnung in Kraft. Sie wird auch die Menschen im Landkreis Osterholz betreffen und die Abwasserentsorgung in Zukunft jedenfalls nicht billiger machen.

Die Verordnung des Bundesumweltministeriums besagt, dass der Klärschlamm aus größeren Anlagen nur noch übergangsweise Verwendung in der Landwirtschaft finden darf. Nach dem Ende einer Übergangsfrist von nun noch 15 Jahren besteht Recycling-Pflicht. Aus der Asche, die bei der Verbrennung des getrockneten Klärschlammes anfällt, lässt sich das Phosphor nämlich zurückgewinnen. Für die Osterholzer Stadtwerke ist das ein Problem, denn sie haben in Lintel eine Großanlage. Und bisher waren die Landwirte aus der näheren und weiteren Umgebung durchaus dankbare Abnehmer für sämtlichen Klärschlamm. „Es war eine Win-win-Situation“, sagt Abwassermeister Kai Finken. Die Bauern nutzten den Klärschlamm und seine Nährstoffe im Frühjahr und im Herbst als Dünger, für dessen Abholung sie auch noch Geld erhielten. Als kostenloses Bonbon gab es das obligatorische Monitoring der gedüngten Böden.

Doch das Ganze ist ein Auslaufmodell. „Klärschlamm ist praktisch geruchslos, aber er ist jetzt trotzdem ziemlich unsexy geworden“, weiß der Leiter der Kläranlage: Seit Sommer gelten mit der Düngemittelverordnung strengere Vorschriften für den Schutz von Boden und Grundwasser. Und die meisten Landwirte haben schon heute mehr als genug Gülle, die sie wegen der Fristen und Grenzwerte kaum noch zeitnah loswerden können. Wachsen oder weichen – in der Agrarbranche ist das die Losung und zugleich das Los vieler Betriebe. Kaum ein Landwirt wird auf die Haltung von 20 Rindviechern verzichten, nur um stattdessen Klärschlamm auszubringen.

In der Erprobungsphase

Wohin also künftig mit dem Schlamm, hat sich Daniela Rahn im vergangenen Jahr gefragt. Die neue Abteilungsleiterin der Stadtwerke startete ein Pilotprojekt, bei dem der Entsorger erstmals mit der sogenannten thermischen Verwertung experimentierte. Dabei wurde dem Klärschlamm, der sonst zwischen vier und sieben Prozent Trockenmasse enthält, die Feuchtigkeit entzogen. „Bei etwa 20 Prozent kommt eine Verbrennung infrage“, erklärt Rahn. Und so habe man etwa fünf Prozent des 2017 angefallenen Klärschlammes in die Bremer Müllverbrennungsanlage bringen lassen. Statt den Landwirt nach Menge und Anfahrtsweg zu entlohnen, ließ man sich nun diesen Weg etwas kosten. „Wir sind da noch in der Erprobungsphase“, so die Fachbereichsleiterin. Sicher sei aber wohl schon, dass man spätestens 2019 zunächst einmal mehr überdachte Lagerkapazitäten auf dem Klärwerksgelände schaffen werde. Außerdem stünden Anlagentechnik und Betriebsabläufe auf dem Prüfstand. Und klar sei auch, dass schon bald ein steigender Anteil in die thermische Verwertung gehen müsse.

Ob das am Ende für den Gebührenzahler teurer werde? In dieser Frage hält sich Da-

niela Rahn bedeckt. Sie weiß aber auch: Die Trocknung kostet Geld, und Verbrennungskapazitäten sind knapp. Und wenn erst mal die Recyclingpflicht greift, dann müssen gänzlich neue Anlagen gebaut werden und startklar sein. Gut 500 Tonnen reine Trockenmasse sind es, die die Osterholzer Stadtwerke pro Jahr loswerden müssen. Und sie stehen wie alle großen Entsorger am Scheideweg: Ist der Klärschlamm erst einmal getrocknet, wird er für die Verwendung in der Landwirtschaft sowieso uninteressant, denn dann fehlt ihm der im Wasser gebundene Stickstoff. Dann heißt es endgültig Sattelzug statt Güllefass.

Beim Wasser- und Abwasserverband Osterholz (WAV) haben sie immerhin noch die Wahl, denn die Klärwerke in Hambergen, Grasberg und Worswede sind so klein, dass sie nicht zu den ersten gehören werden, die umstellen müssen. Trotzdem haben auch Geschäftsführer Arno Seebeck und sein technischer Leiter Stefan Giese schon mit der Klärschlamm-Trocknung experimentiert, um nicht am Ende darauf sitzen zu bleiben. Zusammen mit benachbarten Verbänden aus Tarmstedt, Gnarrenburg und der Wingst hatten Giese und Seebeck im vergangenen Jahr eine mobile Zentrifuge gemietet. An allen drei Klärwerk-Standorten des WAV gab es Probeläufe für am Ende insgesamt fast elf Prozent der übers Jahr anfallenden „Originalsubstanz“, die man getrocknet in Hamburg verbrennen ließ.

„Der Versuch wird weiter gehen, denn auch wir müssen in absehbarer Zeit von einer Verwendung in der Landwirtschaft wegkommen“, ist Seebeck überzeugt. Es gibt einfach ein Überangebot an Gülle und an Gärresten aus den Biogas-Anlagen. Der WAV-Manager räumt ein, dass seine Fachleute durchaus noch kontrovers darüber dis-

kutieren, ob – und, wenn ja, wann und wo – sie in eigene Zentrifugen für die Klärschlamm-trocknung investieren wollen, oder ob sie sich mit einer Mietlösung begnügen. 270 Tonnen entwässerten Klärschlammes fallen pro Jahr beim WAV an. Eine Trocknungsanlage koste an die rund 500 000 Euro, sagt Stefan Giese.

Den Osterholzer Stadtwerken lässt der Gesetzgeber keine Wahl. Wegen ihrer Betriebsgröße von 64 000 Einwohnergleichwerten brauchen sie für das Phosphat im Schlamm ein Recyclingkonzept, müssen bis 2032 auch von einer Mitverbrennung wegkommen. Zum Vergleich: Der WAV operiert in Worswede mit 13 500, in Hambergen mit 13 300 und in Grasberg mit 7 200 Einwohnergleichwerten. Daniela Rahn ist dennoch zuversichtlich: In Bremen und in Hamburg würden Verbrennungskapazitäten geschaffen, was den Preisauftrieb ein wenig bremsen könnte. Für die Rückgewinnung der Phosphate aus der Kraftwerksschlacke seien zwar sogenannte Monoverbrennungsanlagen nötig, doch da beginne in der Region nunmehr die Planung.

Wie der WESER-KURIER Ende Dezember berichtete, planen OOWV, SWB, Hansewasser und EWE den Bau und Betrieb einer solchen Anlage auf dem Gelände des SWB-Kraftwerks am Kohlehafen. Dort sollen ab dem Jahr 2022 jährlich etwa 50 000 Tonnen getrockneter Schlämme verbrannt werden, wobei Elektrizität und Fernwärme als Nebenprodukte anfallen. Die Mitglieder des Konsortiums, so heißt es, könnten die Anlage wohl zu 70 Prozent selbst auslasten, sodass Platz bliebe für weitere Klär-Reste aus der Region. Der Osterholzer Klärwerk-Leiter Kai Finken denkt schon voraus: „Für uns wäre das natürlich gut, denn dann hätten wir kurze Transportwege.“



Arno Seebeck